06.3006

Postulat APK-NR (04.021).
Schweizerische
Kohäsionszahlungen
nicht zulasten der
öffentlichen Entwicklungshilfe
Postulat CPE-CN (04.021).
Ne pas financer la contribution
suisse à la cohésion de l'UE
sur les fonds de l'aide publique
au développement

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Einreichungsdatum 16.01.06 Date de dépôt 16.01.06

Nationalrat/Conseil national 13.03.06 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre) Nationalrat/Conseil national 13.03.06

Ordnungsantrag der grünen Fraktion

Der Nationalrat behandelt dieses Postulat vor dem Geschäft 04.021.

Motion d'ordre du groupe des Verts Ce postulat est traité avant l'objet 04.021.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Ich bitte Herrn Müller Geri, den Ordnungsantrag zu begründen. – Er ist zurzeit nicht im Saal.

Ich gebe zuerst den Berichterstattern das Wort für eine Stellungnahme zum Ordnungsantrag.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen Ablehnung dieses Ordnungsantrages. Warum?

Die Kommission hat bei der Beratung des Osthilfegesetzes einen Antrag der Sprechenden diskutiert, bei den Übergangsbestimmungen dieses Gesetzes eine Formulierung aufzunehmen im Sinne, dass die Finanzierung der Kohäsionsleistung nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe geleistet werden soll. Die Diskussion in der Kommission hat dann dazu geführt, dass wir dieses Kommissionspostulat beschlossen haben, das wir Ihnen heute auch zur Annahme beantragen. Dieses Kommissionspostulat finden Sie auf der letzten Seite der Fahne.

Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommission, dieses Verfahren so einzuhalten, wie es die Kommission geplant hat, und damit eben am Schluss dann über dieses Kommissionspostulat zu diskutieren und diesem zuzustimmen.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Je ne vois pas très bien ce que cache cette motion d'ordre. En principe, la logique veut qu'on vote d'abord le projet de loi, avec les objectifs qui sont fixés, et qu'on parle ensuite du financement. Car adopter le postulat et dire comment on va financer quelque chose qu'on n'a pas encore décidé, cela me paraît un peu bizarre.

Cette motion d'ordre n'a pas été discutée en commission, mais en bonne logique législative, je vous demande de bien vouloir étudier et traiter dans l'ordre le projet de loi et le postulat.

Schibli Ernst (V, ZH): Das Demokratieverständnis in diesem Rat scheint trotz Frühjahrssession sonderbare Blüten hervorzuzaubern. Bevor die Grundlage für die Kohäsionszahlungen vom Parlament beschlossen ist, soll bereits der Finanzierungskredit genehmigt werden. Das kann doch nicht der Wille und der Ernst dieses Parlamentes sein.

Ich bitte Sie, diesen Ordnungsantrag abzulehnen. Herr Müller, falls das der Standard Ihrer Geschäftsbearbeitung in Baden sein sollte, muss ich sagen: «Läck mer am Tschööpli!»

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die SP-Fraktion teilt mit, dass sie den Ordnungsantrag ablehnt.

Wir kommen zur Abstimmung. (Unruhe) – Herr Müller, Sie waren nicht im Saal, als ich Ihnen das Wort zur Begründung des Ordnungsantrages erteilt habe. Wir stimmen nun ab.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag der grünen Fraktion 16 Stimmen Dagegen 125 Stimmen

04.021

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas Loi fédérale sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est

Zweitrat - Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 31.03.04 (BBI 2004 1953) Message du Conseil fédéral 31.03.04 (FF 2004 1803)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.05 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 15.12.05 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.03.06 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 20,03,06 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung - Vote final)

Antrag der Mehrheit Eintreten

Antrag der Minderheit (Wobmann, Mörgeli, Müri, Schlüer, Stamm) Nichteintreten

Antrag der Minderheit

(Schlüer, Mörgeli, Müri, Stamm, Wobmann)

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, von der Europäischen Union als Gegenleistung zu dieser freiwilligen Solidaritätszahlung der Schweiz in der Höhe von 1 Milliarde Franken eine Erklärung zu verlangen, in der die EU verbindlich zum Ausdruck bringt:

- 1. dass sie jegliche Diskriminierung des Flughafens Zürich-Kloten gegenüber anderen Interkontinentalflughäfen in Europa unterbinden wird, insbesondere bezüglich Betrieb und Anflugsmöglichkeiten;
- 2. dass sie das Schweizer Bankkundengeheimnis so, wie es im Rahmen des Zinsbesteuerungsabkommens (Verzicht auf jegliche Meldepflicht) festgehalten ist, auf Dauer respektiert:
- 3. dass sie die Souveränität der Schweiz in Steuerfragen, die auch die in der Schweiz verfassungsmässig garantierte kantonale Steuerhoheit beinhaltet, vorbehaltlos respektiert.

Antrag Hess Bernhard Nichteintreten

Antrag Zisyadis

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die fundamentalen Ziele der Europäischen Strukturfonds der EU-Länder (25 Staaten) respektiert.

Proposition de la majorité Entrer en matière

